Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung und ihr Verständnis in der georgischen Literatur

David Maisuradze

TSU, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Tinatin Tsereteli Institut für Staat und Recht

I. Einführung

Die Einheit der Rechtsordnung ist die Grundlage der Rechtsstaatlichkeit. Dennoch wird dieser Grundsatz in der georgischen Rechtsliteratur im Vergleich zur deutschen selten diskutiert. Diese seltenen Diskussionen betreffen dabei in der Regel nur bestimmte Aspekte der Einheit der Rechtsordnung. Aber auch in einer so knappen georgischen Literatur gibt es unterschiedliche Meinungen zu einem so wichtigen Thema. Die scheinbar unvermeidliche Wahrheit der Einheit der Rechtsordnung ist auch in der georgischen Literatur umstritten. Eine notwendige Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung der wissenschaftlichen Diskussion zu diesem Thema ist es, mehr Informationen über den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung in der georgischen Sprache zu sammeln. Der Zweck dieses Artikels ist es, eine allgemeine Beschreibung des Wesens und der Funktion dieses Prinzips zu geben und die in der georgischen Literatur geäußerte Kritik zu überprüfen. Kritische Meinungen einer Minderheit deutscher Rechtswissenschaftler sind nicht Gegenstand dieses Artikels.

II. Das Wesen und die Funktion des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung

Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung, den *Karl Engisch* erstmals 1935 in deutschen wissenschaftlichen Diskussionen einführte,¹ wurde bald zu einer „juristischen Parömie“,² die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts diskutiert wurde und bis heute so geblieben ist. Die Einheit der Rechtsordnung erfordert prinzipiell die Harmonie dieses einheitlichen Normensystems, das Fehlen von Wertwidersprüchen in diesem System. Die Einheit der Rechtsordnung ergibt sich wiederum aus der Tatsache, dass die gesamte Ordnung einen Schöpfer hat; Im positivistischen Sinne ist dies der Gesetzgeber. Ein Rechtsgeber sollte ein „einheitliches Wertesystem“ bzw. eine einheitliche Idee des idealen Rechts haben.³

Die Konsequenzen des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung lassen sich aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Erstens ist es der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung, der sowohl die Gültigkeit als auch die Notwen-

¹ *Engisch*, Die Einheit der Rechtsordnung, 1935.

² *Schmidt*, KTS 1988, S. 1, 18; zit. nach *Felix*, Einheit der Rechtsordnung: zur verfassungsrechtlichen Relevanz einer juristischen Argumentationsfigur, 1998, S. 1.

³ *Rüthers/Fischer*, Rechtstheorie: Begriff, Geltung und Anwendung des Rechts. 5. Aufl., 2010, Rn. 145.

digkeit der Lehre vom Stufenbau der Rechtsordnung⁴ von *Hans Kelsen* rechtfertigt. Ohne Stufenbau der Rechtsordnung (Verfassung - Gesetz - Rechtsverordnung) und eine klare Definition der Hierarchie der Normen hätte sich das Recht mit sich gegenseitig ausschließenden, widersprüchlichen Normen konfrontiert. Die Funktion des Stufenbaus der Rechtsordnung besteht darin, die Kollision zwischen den in einem System geltenden Normen zu beseitigen, was wiederum durch die Zwecke des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung diktiert wird. Die praktischen Ergebnisse dieser Funktion und Zwecke sind aus dem Institut des Verfassungsgerichts klar ersichtlich: Auf dem Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung beruht die Idee, dass die Geltungsgrundlage jeder Rechtsnorm die Verfassung oder die darüber liegende sogenannte Grundnorm⁵ ist und dass jede Norm einer Überprüfung der Übereinstimmung mit der Verfassung unterliegt. Die gesamte Rechtsordnung basiert auf einem in der Verfassung verankerten Wertesystem und erhält Richtungen und Impulse davon.⁶

Eine weitere Konsequenz des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung ist, dass die Anwendung einer Rechtsnorm die Anwendung der gesamten Rechtsordnung bedeutet.⁷ Mit anderen Worten: Wenn eine Rechtsnorm auf einen Sachverhalt angewendet wird, sind auch alle anderen Normen derselben Rechtsordnung auf diesen Sachverhalt unbedingt anwendbar. Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung verlangt daher, dass bei der Anwendung einer bestimmten Norm die Begrenzung dieser Norm durch die Rechtsordnung immer berücksichtigt und diese

Norm systematisch ausgelegt wird.⁸ Beispiel: Ein Verkehrsschild zeigt an, dass der Verkehr nur nach rechts erlaubt ist, während ein Verkehrsregler genau an derselben Stelle anzeigt, dass der Verkehr nur geradeaus möglich ist. Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung verlangt, dass, wenn der Rechtsanwender in diesem Fall die Norm „nur nach rechts bewegen“ in der rechtlichen Begründung berücksichtigt, auch die Norm berücksichtigt werden muss, die besagt, dass „Signale des Verkehrsreglers Vorrang vor Verkehrszeichen haben“ (Art. 28 II des georgischen Verkehrsgesetzes).

Die Anwendung der gesamten Rechtsordnung auf einen bestimmten Sachverhalt ist natürlich nicht auf die Normen eines Rechtsbereichs beschränkt. Auch zwischen den Rechtsgebieten sollten keine Wertungswidersprüche bestehen. Es ist daher unzulässig, dass eine Norm in einem Rechtsbereich eine Handlung für zulässig hält oder verlangt, während dieselbe Handlung durch eine Norm in einem anderen Rechtsbereich verboten ist. Wenn eine Handlung in einem Rechtsbereich verboten ist, ist sie in allen Bereichen verboten, und umgekehrt, wenn ein Rechtsbereich die Handlung erfordert, kann diese Handlung in keinem Bereich verboten werden.⁹ Zum Beispiel ist es unzulässig, dass einerseits das Strafrecht Bestechung verbietet und andererseits das Privatrecht eine Übertragung des Eigentums an einem Bestechungsgeld auferlegt; oder dass das Strafrecht die Fälschung eines Dokuments

⁴ *Kelsen*, Reine Rechtslehre, 2. Aufl. 1960, S. 228 ff.

⁵ *Kelsen*, Allgemeine Theorie der Normen, 1979, S. 206 f; siehe auch *Röhl/Röhl*, Allgemeine Rechtslehre, 3. Aufl., 2008, § 56 I, S. 451.

⁶ BVerfGE 7, 198 ff.=NJW 1958, 257 ff.

⁷ *Schwacke*, Juristische Methodik, 5. Aufl., 2011, S. 7.

⁸ *Rüthers/Fischer*, Rechtstheorie: Begriff, Geltung und Anwendung des Rechts. 5. Aufl., 2010, Rn. 147a.

⁹ *Gamqrelidze*, Aufgrund der Veröffentlichung des Deutsch-Russischen Rechtswörterbuchs, in: Mazne, 1/1998, S. 31 (auf Georgisch); *Dvalidze*, Übergesetzliche Rechtfertigungsgründe im Strafrecht, Rechtsprechung und Gesetz, 1/2007, S. 151 (auf Georgisch); *Dvalidze*, Einfluss von Motiv und Ziel auf die Qualifikation der Handlung und die strafrechtliche Verantwortlichkeit, TSU, Dis., 2008, S. 69 (auf Georgisch); *Turava*, Strafrecht AT: Lehre vom Verbrechen, 2011, S. 333 (auf Georgisch).

verbietet, während das Privatrecht den Erwerb eines Rechts aus einem gefälschten Dokument zulässt. Dies bedeutet nicht, dass Handlungen, die in einem Rechtsbereich verboten sind und rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, notwendigerweise auch in anderen Bereichen rechtliche Konsequenzen haben müssen. Zum Beispiel ist die Verletzung eines Vertrages durch eine zivilrechtliche Norm verboten und diese rechtswidrige Handlung führt zu einer privatrechtlichen Haftung. Das Strafrecht sieht keine Bestrafung für Vertragsverletzungen vor, aber die bloße Tatsache, dass diese Handlung für das Strafrecht völlig irrelevant ist, berechtigt die Strafrechtler nicht, Vertragsverletzungen als rechtmäßige (zulässige, nicht verbotene) Handlung zu erklären¹⁰ (siehe auch unten dazu). Die Rechtswidrigkeit einer Handlung gilt für alle Rechtsbereiche universell, aber dieselbe rechtswidrige Handlung hat in allen Bereichen unterschiedliche rechtliche Konsequenzen: Zum Beispiel ist es völlig normal, dass dieselbe Handlung nur zu einem Schadensersatzanspruch und nicht zu einer Bestrafung oder nur zu einer Bestrafung und nicht zu einem Schadensersatzanspruch führt.¹¹

Der Adressat des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung ist also in erster Linie der Rechtsanwender, der verpflichtet ist, jede Rechtsnorm im Einklang mit der gesamten Rechtsordnung auszulegen (systematische Auslegung). Darüber hinaus ist der Adressat der Rechtsgeber (Gesetzgeber), der verpflichtet ist, ein System mit nicht widersprüchlichen Normen zu entwickeln. Wenn der Gesetzgeber im obigen Beispiel nicht sicherstellt, dass im positiven Recht eine Norm existiert, die Signale des Verkehrsreglers gegenüber

Verkehrszeichen bevorzugt, führt dies zu einer die Menschenwürde verletzenden Sackgasse der Rechtswidrigkeit: Dem Menschen bleibt keine Wahl mehr, jede nachfolgende Handlung verstößt gegen das Recht.

Ein gemeinsames Wertesystem für alle Rechtsbereiche impliziert nicht unbedingt eine einheitliche Terminologie.¹² Die Einheitlichkeit der Terminologie ist zwar wünschenswert, um Mehrdeutigkeiten und Unklarheiten zu vermeiden, aber die sprachliche Formulierung hat weniger mit dem Prinzip der Einheit der Rechtsordnung zu tun, das Einheit nicht formal, sondern in materieller Wertung erfordert.¹³ Somit verstößt der Gesetzgeber nicht gegen den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung, indem er einfach demselben Wort in verschiedenen Gesetzen unterschiedliche Bedeutungen gibt.¹⁴

Das Hauptziel des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung ist die Gewährleistung der Garantiefunktion des Rechts. Das Rechtssubjekt sollte immer die Möglichkeit haben, herauszufinden, was das Recht von ihm verlangt, verbietet oder erlaubt. Widersprüchliche Normen berauben das Rechtssubjekt dieser Möglichkeit. Darüber hinaus betrachtet der deutsche Bundesgerichtshof auch eine inkonsistente Rechtsprechung als Bedrohung für die Einheit der Rechtsordnung.¹⁵ Eine begründete Änderung der Rechtsprechung kann nicht als Verstoß gegen den Grundsatz an

¹² RGSt 70, 251 (254 f.).

¹³ BVerfGE 25, 309.

¹⁴ Zum Beispiel bedeutet das Wort „ბრალი“ (dt.: Verschulden) im Privatrecht nach der vorherrschenden Ansicht eine vorwerfbare Einstellung gegenüber einer Handlung (Psychologisch-normatives Verständnis), und im Strafrecht die Vorwerfbarkeit selbst (Normatives Verständnis). Die terminologische Situation im deutschen Recht ist in dieser Hinsicht noch uneinheitlicher: Das Wort „Schuld“ bedeutet im Privat- und Strafrecht völlig unterschiedliche Dinge.

¹⁵ BVerfG 1 PBvU 1/79 = NJW 1981, 39 (41).

¹⁰ Mit einer sehr vagen Formulierung vermittelt es wahrscheinlich die gleiche Idee: *Uschangi Bachtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 65-66 (auf Georgisch).

¹¹ *Engisch*, Die Einheit der Rechtsordnung, 1935, S. 58.

sich angesehen werden, aber unter den wesentlich gleichen Umständen implizieren dauerhafte widersprüchliche Auslegungen des Rechts eindeutig eine Ungleichbehandlung, die einen Verstoß gegen die durch Art. 11 der georgischen Verfassung garantierte Gleichheit darstellt.

In Anbetracht dieser Bestimmung ist nach einer Ansicht das Recht auf Gleichbehandlung die verfassungsrechtliche Grundlage des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung. Zum Beispiel sei nach *Claus-Wilhelm Canaris* die Einheit der Rechtsordnung lediglich ein Ausdruck des Gleichheitsgrundsatzes, denn das Streben nach einem System, das frei von Widersprüchen ist, sei nichts anderes als die Verwirklichung der „generalisierenden Tendenz“ der Gerechtigkeit.¹⁶

Neben dem Recht auf Gleichbehandlung sehen die Wissenschaftler zu Recht die verfassungsrechtliche Grundlage des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung im Gebot der Rechtsstaatlichkeit¹⁷ (Präambel und Art. 4 der Verfassung Georgiens), was unter anderem eine positive Verpflichtung des Staates zur Gewährleistung der Rechtssicherheit impliziert. Schließlich sollte auch die Menschenwürde (Art. 9 der Verfassung Georgiens) als verfassungsrechtliche Grundlage für den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung betrachtet werden, denn ohne die Einheit der Rechtsordnung kann eine entwürdigende Situation entstehen, in der das Recht einer Person nicht die Möglichkeit lässt,

rechtmäßig zu handeln (Sackgasse der Rechtswidrigkeit).

III. Kritik in der georgischen Literatur

Trotz der entscheidenden Funktion und der logischen Notwendigkeit des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung hat er in der deutschen Literatur immer noch Gegner. Sie bezeichnen den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung als „schillernden Begriff“,¹⁸ „abstrakte Leerformel“,¹⁹ „geflügeltes Wort“,²⁰ „irrationaler Holismus“²¹ oder „verschwommene Vorstellung“, die „verfassungsrechtlich nicht haltbar“²² sei. Solche Einschätzungen gehen jedoch in der Regel nicht mit einer soliden Begründung einher und sind daher oft selbst eher leere und vage Worte. Insgesamt ändern die Einschätzungen der Gegner nichts am Gesamtbild: In Deutschland ist die Einheit der Rechtsordnung ein von der Mehrheit allgemein anerkannter Grundsatz, sowohl in der Literatur²³ als auch in der Rechtsprechung,²⁴ ob-

¹⁶ *Canaris*, Systemdenken und Systembegriff in der Jurisprudenz, 2.Aufl., 1983, S. 16 f.

¹⁷ *Schall*, Umweltschutz durch Strafrecht: Anspruch und Wirklichkeit, NJW 1990, 1263, S. 1265; *Hansmann*, Verwaltungshandeln und Strafverfolgung - konkurrierende Instrumente des Umweltrechts? NVwZ 1989, 913, S. 914; *Lappe*, Zur ökologischen Instrumentalisierbarkeit des Wettbewerbsrechts, WRP 1995, S. 176; *Ossenbühl/Huschens*, Umweltstrafrecht, Strukturen und Reformen, UPR, 1991, S. 161; *Schilling*, Rang und Geltung von Normen in gestuften Rechtsordnungen, 1994, S. 377.

¹⁸ *Paeffgen*, VerwaltungsaktAkzessorietät im Umweltstrafrecht, in: Beiträge zur Rechtswissenschaft, 1993, S. 599.

¹⁹ *Walz*, Steuergerechtigkeit und Rechtsanwendung, 1980, S. 199.

²⁰ *Weber*, JZ 1984, S. 276, 277, zit. nach *Felix*, Einheit der Rechtsordnung: zur verfassungsrechtlichen Relevanz einer juristischen Argumentationsfigur, 1998, S. 8.

²¹ *Müller*, Juristische Methodik, 6. Aufl., 1995, S. 218.

²² *Schmidt*, Der Ermessensrahmen bei der Versagung einer straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis, NVwZ 1985, 167, S. 169.

²³ siehe z.B. *Engisch*, Die Einheit der Rechtsordnung, 1935; *Felix*, Einheit der Rechtsordnung: zur verfassungsrechtlichen Relevanz einer juristischen Argumentationsfigur, 1998; *Rüthers/Fischer*, Rechtstheorie: Begriff, Geltung und Anwendung des Rechts. 5. Aufl., 2010, Rn. 145; *Heintschel-Heinegg*, in: BeckOK StGB, 48. Ed, StGB § 1 Rn. 24-24.2; *Schwacke*, Juristische Methodik, 5. Aufl., 2011, S. 7; *Canaris*, Systemdenken und Systembegriff in der Jurisprudenz, 2.Aufl., 1983, S. 16 f; *Schmidt*, Anhang 2 VO 1/2003: Privatrechtliche Durchsetzung – Materielles Recht, Immenga/Mestmäcker, Wettbewerbsrecht, 6.

wohl die Justiz ihn nicht oft zur Argumentation heranzieht.

Die Einheit der Rechtsordnung ist in der georgischen Rechtsliteratur im Gegensatz zur deutschen kein viel diskutiertes Thema. Die georgischen Gerichte haben das Thema, soweit ersichtlich, nie erörtert. Die meisten in der Literatur geäußerten wissenschaftlichen Meinungen erkennen dieses Prinzip eindeutig an.²⁵ Kritik gibt es jedoch auch in der georgischen Literatur.

*Ushangi Bakhtadze*²⁶ und *Temur Tskitishvili*²⁷ lehnen den Grundsatz der Einheit der Rechts-

Aufl., 2019, Rn. 5; *Sternberg-Lieben*, in: Schönke/Schröder Strafgesetzbuch, 30. Aufl., 2019, Vorbemerkungen zu den §§ 32 ff, Rn. 27-27c; *Roxin*, Strafrecht AT I, 4. Aufl., 2006, § 14, Rn. 31 ff, vgl. jedoch ebd. Rn. 36.

²⁴ siehe z.B. BVerfG 1 PBvU 1/79 = NJW 1981, 39 (41); BGHSt 13, 102 (117); BGHSt 11, 244; BAG 4 AZR 341/90; VGH Kassel Beschl. 3 A 1532/11, BeckRS 2012, 52444; BAG 5 AZR 190/67 = NJW 1968, 1740.

²⁵ *Gamqrelidze*, Aufgrund der Veröffentlichung des Deutsch-Russischen Rechtswörterbuchs, in: Mazne, 1/1998, S. 31 (auf Georgisch); *Dvaidze*, Übergesetzliche Rechtfertigungsgründe im Strafrecht, Rechtsprechung und Gesetz, 1/2007, S. 151 (auf Georgisch); *Dvalidze*, Einfluss von Motiv und Ziel auf die Qualifikation der Handlung und die strafrechtliche Verantwortlichkeit, TSU, Dis., 2008, S. 69 (auf Georgisch); *Turava*, Strafrecht AT: Lehre vom Verbrechen, 2011, S. 333 (auf Georgisch). Vgl. *Maghlakelidze*, Die Bedeutung des Unrechtsbewusstseins bei vorsätzlichem und fahrlässigem Delikt, Rechtszeitschrift 1-2/2010, S. 218 f (auf Georgisch), Die Argumentation des Autors ist jedoch widersprüchlich: Einerseits stimmt er dem Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung zu und andererseits glaubt er, dass nicht alle Handlungen, die „zivil- oder verwaltungsrechtlich rechtswidrig“ sind, auch „strafrechtlich rechtswidrig“ sind. Es ist daher unklar, was der Autor sonst noch unter der Einheit der Rechtsordnung versteht und womit er einverstanden ist.

²⁶ *Bachtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 63 ff (auf Georgisch).

²⁷ *Tskitishvili*, Straftaten, die das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährden, TSU, Dis., 2014, S. 291 ff (auf Georgisch).

ordnung ab und bezeichnen ihn als eine „Theorie der einheitlichen Rechtswidrigkeit“.²⁸ Den mit diesem Namen benannten Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung erörtern sie unter der Überschrift „Begriff der Rechtswidrigkeit“ und stellen ihn neben den Theorien von *K. Bindung*, *M. Meyer* und der Lehre der negativen Tatbestandsmerkmale dar.²⁹ Diese Theorien befassen sich mit dem Ursprung der Verbotsnorm, ihrem Platz in der Rechtsordnung und dem Wesen der Rechtswidrigkeit. Gegen die Erwähnung der „einheitlichen Rechtswidrigkeit“ neben diesen Theorien muss gesagt werden, dass das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung überhaupt keine Theorie über das Wesen der Rechtswidrigkeit bzw. über ihren Ursprung ist. Die Einheit der Rechtsordnung erfordert und impliziert an sich zwar ein einheitliches Verständnis der Rechtswidrigkeit in allen Rechtsgebieten, definiert aber selbst nicht, was Rechtswidrigkeit ist. Das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung, auch wenn es als Theorie der einheitlichen Rechtswidrigkeit bezeichnet wird, bedeutet nur, dass - unabhängig davon, wie das Wesen und der Ursprung der Rechtswidrigkeit verstanden werden - dieselbe Handlung nicht als verboten und gleichzeitig als zulässig bzw. in einem Rechtsbereich als rechtswidrig und in einem anderen als rechtmäßig angesehen werden darf. Daher steht die Einheit der Rechtsordnung bzw. der Rechtswidrigkeit nicht in direktem Zusammenhang mit dem Inhalt der Rechtswidrigkeit, und ihre Erörterung unter der

²⁸ Tskitishvili verwendet jedoch auch den Namen „Einheit der Rechtsordnung“. siehe *Tskitishvili*, Anmerkungen zur Dissertation von Ushangi Bakhtadze, DGZR, 8/2020, S. 61 ff (auf Georgisch).

²⁹ *Tskitishvili*, Straftaten, die das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährden, TSU, Dis., 2014, S. 288 (auf Georgisch); *Bachtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 63, 64 (auf Georgisch).

Überschrift „Begriff der Rechtswidrigkeit“³⁰ erscheint weniger angemessen.

Tskitishvili kontrastiert die Theorie der einheitlichen Rechtsordnung mit der Theorie von *Binding* und stellt fest, dass „es Gemeinsamkeiten zwischen diesen Theorien gebe, aber es wäre nicht richtig, sie gleichzusetzen, da diese Theorien ein unterschiedliches Verständnis der Rechtswidrigkeit einer Handlung bieten.“³¹ Es ist sicherlich richtig, dass die Gleichsetzung dieser beiden Theorien nicht korrekt ist, aber nicht, weil sie die Rechtswidrigkeit unterschiedlich verstehen, sondern weil sie einfach ein völlig anderes Thema ansprechen. Wie bereits erwähnt, ist das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung keine Theorie von Rechtswidrigkeit, es bietet überhaupt kein „Verständnis der Rechtswidrigkeit“, es erfordert lediglich ein einheitliches Verständnis der Rechtswidrigkeit. Nach der Theorie von *Binding* ist die Rechtswidrigkeit einer strafrechtlichen Handlung ein Verstoß gegen eine über das Strafrecht hinausgehende Verbotsnorm. Laut *Tskitishvili* können diejenigen, die die Theorie von *Binding* teilen - z.B. *Otar Gamqrelidze* -, gleichzeitig keine Anhänger der Einheit der Rechtsordnung sein.³² Diese Ansicht kann nicht geteilt werden, da sich diese beiden Theorien nicht gegenseitig ausschließen, im Gegenteil: Sie sind logisch miteinander verbunden. Die Vorstellung, dass die Rechtswidrigkeit einer Straftat durch ein über das Strafrecht hinausgehendes Wertesystem beurteilt und begründet wird, kann nur unter den Bedingungen der Einheit der

Rechtsordnung bestehen: Unter den Bedingungen einer „strafrechtlichen Rechtswidrigkeit“, d.h. eines unabhängigen strafrechtlichen Wertesystems, das von der einheitlichen Rechtsordnung losgelöst ist, wäre die Idee, eine über das Strafrecht hinaus vorgenommene Beurteilung in das Strafrecht aufzunehmen, völlig unverständlich. Schließlich lässt sich die Idee, dass *Gamqrelidze*, ein Anhänger der Theorie von *Binding*, nicht gleichzeitig das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung teilen kann, am besten durch ein Zitat von *Gamqrelidze* selbst widerlegen: „Strafrechtliche Rechtswidrigkeit‘... Dieser Begriff kann meines Erachtens nicht genau gewählt werden. Es scheint, als gäbe es so viele Arten der Rechtswidrigkeit wie es Rechtsgebiete gibt, wenn das Recht trotz der Vielzahl von Rechtsgebieten einer im Staat ist und jede Handlung, in welchem Rechtsgebiet sie auch vorgesehen sein mag, dem Recht in seiner Gesamtheit widerspricht.“³³

Noch inakzeptabler ist *Bakhtadzes* Ansicht, dass die „Zulassung der einheitlichen Rechtswidrigkeit den Begriff der Rechtswidrigkeit einschränke“ und auch „die Rechtsordnung im Allgemeinen einschränke“, weil die „einheitliche Rechtswidrigkeit die rechtswidrigen Handlungen nur im positiven Recht sehe“.³⁴ Mit anderen Worten glaubt er, dass das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung nur unter den Bedingungen eines positivistischen Rechtsverständnisses existieren kann. Eine solche Ansicht ist an sich widersprüchlich, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass weder *Engisch* - der Urheber der Idee der Einheit der Rechtsordnung - noch sonst jemand gesagt hat, die Einheit der Rechtsordnung sei nur mit einem positivistischen Verständnis des Rechts vereinbar. Darüber hinaus ist es dagegen

³⁰ *Tskitishvili*, Straftaten, die das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährden, TSU, Dis., 2014, S. 287 (auf Georgisch); *Bakhtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 61 (auf Georgisch)

³¹ *Tskitishvili*, Anmerkungen zur Dissertation von Ushangi Bakhtadze, DGZR, 8/2020, S. 61-62 (auf Georgisch)

³² *Tskitishvili*, Anmerkungen zur Dissertation von Ushangi Bakhtadze, DGZR, 8/2020, S. 61 (auf Georgisch)

³³ *Gamqrelidze*, Aufgrund der Veröffentlichung des Deutsch-Russischen Rechtswörterbuchs, in: Mazne, 1/1998, S. 31 (auf Georgisch).

³⁴ *Bakhtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 66 (auf Georgisch).

unvorstellbar, der Idee der Einheit der Rechtsordnung unter den Bedingungen eines nicht positivistischen Rechtsverständnisses nicht zuzustimmen. *Bakhtadze* selbst glaubt, dass das Wertesystem, das eine Handlung als rechtmäßig oder rechtswidrig bestimmt, überpositiv sei, d.h. über das positive Recht hinaus existiere.³⁵ Ist dies so, dann ist es ganz unklar, wie eine über das positive Recht hinaus festgelegte Rechtswidrigkeit einer Handlung nicht für alle Rechtsbereiche einheitlich sein kann. Wenn das Wertesystem des Rechts überpositiv ist, sollten alle Bereiche des positiven Rechts eine gemeinsame und übergeordnete Bewertung der Rechtmäßigkeit der Handlung teilen. Somit ist gerade das Gegenteil der Fall: Es ist nicht die Einheit der Rechtsordnung, die ein positivistisches Rechtsverständnis erfordert, sondern umgekehrt: Ein nicht positivistisches Rechtsverständnis impliziert die Anerkennung der Einheit der Rechtsordnung.

Tskitishvili führt als Argument gegen die Einheit der Rechtsordnung an, dass „ein aggressiver Notstand als ein Rechtfertigungsgrund im Strafrecht angesehen wird, während eine Person, die im aggressiven Notstand handelt, nicht von der zivilrechtlichen Haftung befreit ist“. In der Tat besteht in einigen Fällen des aggressiven Notstands sowohl nach georgischem (Art. 117 ZGB) als auch nach deutschem Recht (§§ 228, 904 BGB) eine Verpflichtung zur Zahlung von Schadensersatz. Dieses Argument widerspricht jedoch gar nicht der Einheit der Rechtsordnung, da die zivilrechtliche Haftung nicht zwangsläufig bedeutet, dass eine Handlung als rechtswidrig angesehen wird. Die privatrechtliche Haftung erfordert nicht immer Rechtswidrigkeit. Die privatrechtliche Haftung kann nicht nur auf rechtswidrigen Handlungen beruhen (unerlaubte Handlungen, Art. 992 ff ZGB), sondern auch auf der Ver-

letzung des rechtlichen Gleichgewichts, die möglicherweise überhaupt nicht mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängt. Wenn beispielsweise der Gegenstand eines Nachbarn auf den Hof eines anderen Nachbarn weggeblasen wird, muss der Nachbar den Gegenstand zurückgeben.³⁶ Dies bedeutet natürlich nicht, dass der Wind rechtswidrig handelt. Auch in *Tskitishvili* Beispiel beruht die privatrechtliche Haftung nicht auf der Rechtswidrigkeit der Handlung, sondern auf der Tatsache, dass durch einen rechtmäßigen Angriff das rechtliche Gleichgewicht verletzt wurde. Ein rechtmäßig handelnder Angreifer ist verpflichtet, Schadensersatz zu zahlen, nicht weil er „etwas falsch gemacht“ hat, sondern weil sein Rechtsgut in der gegebenen Situation nur auf Kosten der (rechtmäßigen) Verletzung der Interessen eines anderen gerettet werden kann. Schließlich ist die Behauptung eines Strafrechters, dass eine Handlung im aggressiven Notstand im Privatrecht als rechtswidrig bewertet wird, nicht überzeugend, wenn georgische³⁷ und deutsche³⁸ Zivilrechtler direkt und einstimmig erklären, dass der aggressive Notstand trotz der Verpflichtung zur Zahlung von Schadensersatz die Rechtswidrigkeit ausschließt. Darüber hinaus ist die Rechtmäßigkeit einer Handlung im aggressiven Notstand im Privatrecht von entscheidender Bedeutung, da das Opfer den rechtmäßigen An-

³⁶ siehe z.B. *König*, Gutachten und Vorschläge zur Überarbeitung des Schuldrechtes, Köln 1981, 1550; zur Haftung ohne Rechtswidrigkeit siehe *Meladze*, Die Eingriffskondition, die durch eine Verfügung einer nichtberechtigten Person entsteht, DGZR 7/2020, S. 37 (auf Georgisch)

³⁷ *Chachava*, ZGB Kommentar, Buch I, 2017, Art. 117, S. 678-680 (auf Georgisch); *Jorbenadze*, ZGB Kommentar, Buch I, Art. 117, S. 303 (auf Georgisch).

³⁸ siehe z.B. *Dörner*, in Hk-BGB, 8. Aufl., 2014, Art. 228, Rn. 4; *Medicus*, BGB AT, 9. Aufl., Rn. 162 ff; *Grothe*, in Münchener Kommentar zum BGB, 8. Aufl. 2018, § 228, Rn. 1; *Dennhardt*, BeckOK BGB, 56. Edition, § 228, Rn. 1; *Brückner*, Münchener Kommentar zum BGB, 8. Aufl., 2020, § 904, Rn. 1-3.

³⁵ *Bakhtadze*, Kriminologische Analyse des Kriminalisierungsprozesses, TSU, Dis., 2019, S. 67 (auf Georgisch)

greifer nicht daran hindern kann, in seine Interessen rechtmäßig einzugreifen.³⁹ Er ist verpflichtet, die rechtmäßige Verletzung seiner Rechte zu dulden und hat erst dann das Recht, einen Ausgleich zu verlangen.

Tskitishvilis Meinung, dass die Grundlage der Rechtswidrigkeit immer der Straftatbestand sei,⁴⁰ kann ebenfalls nicht geteilt werden. Eine solche Formulierung und Terminologie erweckt den Eindruck (dem selbst der Autor nicht zustimmen würde), dass es keine über das Strafrecht hinausgehenden Verbotsnormen gibt. Selbst wenn die Theorie von *Binding* nicht geteilt wird, sollte dennoch anerkannt werden, dass das positive Recht Verbotsnormen nicht nur im Strafrecht kennt.

Wenn die Rechtswidrigkeit als ein Institut des positiven Rechts verstanden wird, kann die Rechtswidrigkeit des Mordes, Diebstahls oder einer anderen Straftat zwar auf dem Straftatbestand beruhen, die Rechtswidrigkeit einer Vertragsverletzung beruht jedoch nicht auf dem strafrechtlichen Tatbestand, sondern auf der zivilrechtlichen Norm. Es gibt eine Menge von rechtswidrigen Handlungen, deren Teilmenge strafrechtswidrige Handlungen sind. Da das Strafrecht Teil eines einheitlichen Rechtssystems ist, bedeutet der Widerspruch zum Strafrecht (Strafrechtswidrigkeit) auch einen Widerspruch zum Recht im Allgemeinen, jedoch nicht, dass

dieser Widerspruch strafrechtlicher Natur ist (strafrechtliche Rechtswidrigkeit). Die Definition des Autors, wonach die Rechtswidrigkeit nur ein Straftatbestandsmerkmal sei, vermittelt daher das Gefühl, als spreche man von einem Widerspruch strafrechtlicher Natur mit den Normen des Strafrechts, was ungenau ist und spezifiziert werden muss. Wenn der Autor nicht den strafrechtlichen Charakter des Widerspruchs zum Strafrecht meint (was völlig unverständlich wäre), dann ist es wie in der deutschen Sprache besser, auch in der georgischen Sprache einerseits inakzeptable „strafrechtliche Rechtswidrigkeit“ und andererseits mehr oder weniger akzeptable „Strafrechtswidrigkeit“ terminologisch zu unterscheiden.

Es kann auch nicht die Ansicht geteilt werden, dass der Tatbestand angesichts der Anerkennung der Theorie von *Binding* kein Indiz für Rechtswidrigkeit mehr sein könne.⁴¹ Der Straftatbestand enthält auch im Falle der Anerkennung sowohl der Theorie von *Binding* als auch jeder Theorie, die sich aus der Idee einer einheitlichen Rechtsordnung ergibt, einen Hinweis (Indiz) auf die Rechtswidrigkeit, da das Strafgesetzbuch typischerweise rechtswidrige Handlungen beschreibt. Mit anderen Worten: Alle im Strafgesetzbuch vorgesehenen Handlungen sind in der Regel rechtswidrig, aber nicht alle rechtswidrigen Handlungen sind im Strafgesetzbuch vorgesehen.

Um zu argumentieren, dass es ohne das Strafgesetzbuch keine Rechtswidrigkeit gibt, zitiert *Tskitishvili* auch § 11 V des deutschen StGB, der wörtlich wie folgt lautet: „Im Sinne dieses Gesetzes ist eine rechtswidrige Tat nur eine solche, die den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklicht.“ Dieser Vorbehalt kann jedoch nicht als Argument gegen die Einheit der Rechtsordnung herangezogen

³⁹ Vgl. § 904 BGB: „Der Eigentümer einer Sache ist nicht berechtigt, die Einwirkung eines anderen auf die Sache zu verbieten, wenn die Einwirkung zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig und der drohende Schaden gegenüber dem aus der Einwirkung dem Eigentümer entstehenden Schaden unverhältnismäßig groß ist.“

⁴⁰ *Tskitishvili*, Anmerkungen zur Dissertation von Ushangi Bakhtadze, DGZR, 8/2020, S. 58 ff (auf Georgisch); *Tskitishvili*, Straftaten, die das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährden, TSU, Dis., 2014, S. 292, 293 (auf Georgisch).

⁴¹ *Tskitishvili*, Straftaten, die das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährden, TSU, Dis., 2014, S. 292, 293 (auf Georgisch).

gen werden, da er nicht die Rechtswidrigkeit als solche definiert, sondern eine rechtswidrige Handlung (Unrecht) und zwar nur „im Sinne dieses Gesetzes“. Im Gegensatz zur Rechtswidrigkeit kann eine rechtswidrige Handlung oder Unrecht strafrechtlich, privatrechtlich usw. sein. Ein weiteres Zitat von Gamqrelidze über die Wechselbeziehungen dieser beiden unterschiedlichen Begriffe kann vorgetragen werden: „Was wir heute als ‚strafrechtliche Rechtswidrigkeit‘ bezeichnen, sollte als ‚strafrechtliches Unrecht‘ bezeichnet werden, dies ist eine Handlung, die im Strafgesetz beschrieben ist. Dementsprechend werden wir ‚zivilrechtliches Unrecht‘, ‚strafrechtliches Unrecht‘ usw. haben. ‚Rechtswidrigkeit‘ und ‚Unrecht‘ sind Begriffe mit unterschiedlichen Bedeutungen, da sie unterschiedliche Konzepte widerspiegeln. Rechtswidrigkeit ist im Allgemeinen der Widerspruch zwischen menschlichem Handeln und Recht. Die Rechtswidrigkeit ist daher die Beziehung zwischen diesen beiden Ereignissen, während das Unrecht selbst eine rechtswidrige Handlung ist.“⁴²

IV. Zusammenfassung

Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung erfordert eine Ordnung ohne Wertungswidersprüche. Ein Widerspruch zu einer Rechtsnorm bedeutet (auch) einen Widerspruch zum ganzen Recht oder zur Rechtswidrigkeit. Es gibt keine spezifischen „Rechtswidrigkeiten“ für verschiedene Rechtsbereiche. Rechtswidrigkeit ist universell. Das Werturteil über eine Handlung ist allen Rechtsgebieten gemeinsam, nur die recht-

lichen Konsequenzen sind unterschiedlich.

Die Funktion und der Zweck des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung besteht darin, den Konflikt zwischen den Normen zu beseitigen, das Recht zu generalisieren und seine Garantiefunktion, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Aufgrund der Einheitlichkeit der Rechtsordnung ist der Rechtsanwender verpflichtet, jede Norm auf harmonische und systematische Weise mit der gesamten Rechtsordnung anzuwenden und auszulegen. Der Rechtsgeber ist verpflichtet, keine sich gegenseitig ausschließenden Normen und keine Sackgasse der Rechtswidrigkeit zu schaffen.

Die verfassungsrechtliche Grundlage des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung ist das Recht auf Gleichbehandlung, das Gebot der Rechtsstaatlichkeit und die Menschenwürde.

Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung selbst definiert nicht das Wesen der Rechtswidrigkeit, sondern erfordert nur ein einheitliches Verständnis der Rechtswidrigkeit. Die Idee der Einheit der Rechtsordnung ist sowohl mit positivistischen als auch mit nicht positivistischen Rechtsverständnissen vereinbar. Es stimmt auch voll und ganz mit allen Theorien überein, nach denen das System der Handlungsbewertung über einzelne Rechtsbereiche hinausgeht. Alle im Strafgesetzbuch vorgesehenen Handlungen sind typisch rechtswidrig, sodass die Verwirklichung eines Straftatbestandes ein Hinweis auf die Rechtswidrigkeit ist. Aber nicht alle rechtswidrigen Handlungen sind im Strafgesetzbuch aufgeführt.

⁴² Gamqrelidze, Aufgrund der Veröffentlichung des Deutsch-Russischen Rechtswörterbuchs, in: Mazne, 1/1998, S. 31 (auf Georgisch).